

SPEZIAL-  
AUSGABE

PUBLIC EYE MAGAZIN

Nr. 52 – Februar 2025

# JA HRE SBERI C HT 2024

A group of five diverse people are posing in a studio setting, holding up large, white, 3D-style letters to form the title 'JA HRE SBERI C HT 2024'. The letters are arranged in two rows: 'JA HRE SBERI' on top and 'C HT 2024' on the bottom. The '2024' is rendered in a bold, red, 3D font. The people are dressed in casual to semi-formal attire. The background is a plain white wall with a black floor. The entire scene is framed by a thick red border.

Public Eye

# Menschenrechte vor Profit – auch 2024

## Inhalt

- 4 **Nestlé**
- 8 **Rohstoffe**
- 12 **Korruption**
- 15 **Clean Clothes Campaign**
- 18 **Gesundheit**
- 21 **Slapps**
- 24 **Handelspolitik**
- 26 **Pestizide**
- 28 **Konzernverantwortung**
- 30 **Freiwillige**
- 34 **Podcast**
- 35 **Organisation**
- 42 **Dank**
- 43 **Jahresrechnung 2024**
- 51 **Mission**

Liebe Freundinnen und Freunde  
von Public Eye

Bei Public Eye bewegt sich viel, und  
unsere Recherchen ziehen immer  
weitere Kreise – auch international.

So machte Nestlé mit der Vermark-  
tung von überzuckerter Babynahrung  
in einkommensärmeren Ländern  
Schlagzeilen, gleichzeitig zahlt der  
Lebensmittel-Multi Kaffeebauern  
und -bäuerinnen in Mexiko viel  
zu tiefe Preise. Nestlés Grundrezept



ist simpel: Profit um jeden Preis. Wir haben auch zu Pestiziden von Syngenta recherchiert, die in der Schweiz verboten sind, vom Basler Konzern andernorts aber immer noch verkauft werden. Dann beschäftigten wir uns mit Schweizer Anwält\*innen, die weiterhin nicht dem Geldwäschereigesetz unterstehen – aber fragwürdige Geschäfte für ihre wohlhabende Klientel abwickeln. Schliesslich sind da noch die Rohstoffhändler, die sich mit ihren Versprechen zur CO<sub>2</sub>-Kompensation ihrer Geschäfte ein gutes Gewissen verschaffen wollen. Nicht zu vergessen ist der Rohstoffhändler Trafigura, der kürzlich vom Bundesstrafgericht in einem historischen Prozess wegen Korruption in Angola verurteilt wurde.

Mit der neuen Konzernverantwortungsinitiative wollen wir die Schweizer Konzerne dazu verpflichten, endlich anerkannte Standards einzuhalten. Es darf nicht sein, dass sie weiterhin ihren Profit über die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards stellen.

Wir sind beeindruckt von der enormen Mobilisierung für die Initiative und die Unterstützung für unsere Arbeit. Menschen wie Sie haben das mit Ihrem wertvollen Engagement möglich gemacht.

Im Namen des Vorstands und des gesamten Teams danken wir Ihnen allen ganz herzlich dafür!

*Aline Gavillet und Fred Sommer, Co-Präsidium Public Eye*

*Personen auf der Titelseite:  
Jasmin Bärtschi, Silvia Ramseier,  
Maxime Ferréol, Sibylle Müller,  
David Hachfeld*

**PUBLIC EYE MAGAZIN**

Spezialausgabe  
Jahresbericht 2024, Nr. 52  
Februar 2025

—  
ISSN 2504-1266

Das Public Eye Magazin erscheint sechs Mal pro Jahr in Deutsch und Französisch. Mitgliedschaft inklusive Abonnement 75 Franken pro Jahr.

—  
REDAKTION Roman Bolliger (D)  
und Ariane Bahri (F)

ÜBERSETZUNG Maxime Ferréol  
GRAFIK Karin Hutter, Fundtastic AG  
FOTOGRAFIE Marion Nitsch

DRUCK Stämpfli Kommunikation  
PAPIER Rebello & PerlenValue, FSC  
AUFLAGE D: 31800 Ex./F: 11500 Ex.

—  
KONTAKT Public Eye,  
Dienerstrasse 12, Postfach,  
8021 Zürich, +41 (0)44 2 777 999  
kontakt@publiceye.ch  
publiceye.ch

SPENDENKONTO

IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4

# Ruinöse Preise für Kaffeebauern und überzuckerte Babynahrung

Public Eye widmete dem Lebensmittelgiganten aus Vevey letztes Jahr gleich zwei grosse Recherchen. Wir entlarvten, dass das Vorzeigeprogramm «Nescafé Plan» keineswegs zu einer «verantwortungsvollen Produktion» geführt hat, und deckten auf, dass Nestlé den Babys in einkommensschwachen Ländern viel Zucker in den Brei mischt.

Lichterloh brennende Kaffeesäcke auf offener Strasse und Kaffeebäuerinnen und -bauern, die skandieren: «Nescafé Plan – blanke Lüge!» Es waren eindrückliche Szenen, die wir am 15. Februar letzten Jahres in Tapachula im süd-mexikanischen Bundesstaat Chiapas miterlebten. Und sie waren sinnbildlich für das Scheitern von Nestlés Vorzeigeprogramm.

Mit Kursen in Farmmanagement und Gratissetzlingen wollte Nestlé das Schicksal der Kaffeeproduzent\*innen weltweit verbessern. Denn ein Grossteil von ihnen lebt in Armut, Kinderarbeit ist weitverbreitet. Unsere Recherche und unser Besuch in Chiapas haben gezeigt: Der Schweizer Lebensmittelriese zahlt seinen

Produzent\*innen so wenig für deren Kaffee, dass es oft nicht einmal für die Deckung der Produktionskosten reicht. Selbst als der internationale Börsenpreis für Robusta-Kaffee zu Beginn des letzten Jahres Rekordniveau erreichte, war Nestlé nicht bereit, den Preis nach oben anzupassen. Der Konzern hält in der Region ein Quasimonopol auf den Einkauf von Robusta, die Bäuerinnen und Bauern sind ihm ausgeliefert.



Wir hätten gerne gewusst, was Nestlé dazu sagt. Schliesslich steht auf den Nescafé-Dosen prominent der Hinweis «100% verantwortungsvoll produziert». Doch der Weltmarktführer in Röstkaffee fühlte sich nicht bemüssigt, auf unsere detaillierten Fragen zu antworten. Er begnügte sich mit einem Statement, in dem es unter anderem heisst, der Konzern sei «überzeugt», dass Kaffeeproduzent\*innen ein ausreichendes Einkommen erzielen sollten, dies sei jedoch «nicht einfach». Dabei heisst es doch auf der Nescafé-Website selbstbewusst und in grossen Buchstaben: «Mithilfe unserer Grösse wollen wir die Welt zum Guten verändern.» Die Realität vor Ort entlarvt dies als leere Worthülse. Oder wie die Betroffenen sagen würden: als blanke Lüge.

Nach der Publikation unserer Recherche unterstützten wir die protestierenden Kaffeeproduzent\*innen bei ihrer Unterschriftensammlung für eine Petition an Nestlé sowie in ihrer Kommunikation mit den Verantwortlichen in Mexiko und in der Schweiz. Nach langem Hin und Her kam ihnen der Konzern im November, auf den Beginn der neuen Erntesaison, ein Stück weit entgegen. Die Bäuerinnen und Bauern erhielten zwar nach wie vor nicht den «fairen» Preis, den sie fordern. Die moderate Erhöhung des Einkaufspreises hat aber gezeigt, dass der Lebensmittelriese aus der Schweiz durchaus in



der Lage wäre, eine «verantwortungsvolle Produktion» zu gewährleisten – wenn er denn wollte.

### «Nicht alle Babys sind gleich süss»

Im April sorgten unsere Enthüllungen über Nestlés Doppelmoral in Bezug auf den Zuckerzusatz in Babynahrung

für Schlagzeilen und lösten weltweit eine Welle der Empörung aus. Unsere brisante Recherche zeigte: Cerelac und Nido, zwei der Nestlé-



Babynahrungsmarken, die in Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen am meisten verkauft werden, enthalten hohe Mengen an zugesetztem Zucker. Die gleiche Babynahrung ist in der Schweiz und in den wichtigsten europäischen Märkten zuckerfrei erhältlich.

Diese Praktiken sind zwar legal, verstossen aber gegen die Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation, die den Zusatz von Zucker in Säuglingsnahrung verbieten. In Ländern, die von der Adipositasepidemie besonders betroffen sind, haben unsere Recherchen heftige Reaktionen hervorgerufen und den Eindruck erweckt, dass für den Schweizer Konzern die Gesundheit von Kindern in Ländern mit niedrigerem Einkommen nicht zählt. Der öffentliche Unmut mündete in unzähligen Boykottaufrufen in den sozialen Medien; gleichzeitig kündigten die Behörden in Indien, Bangladesch und Nigeria Untersuchungen an.

Unsere Recherche ergab überdies, dass Nestlé diese Produkte als gesund und speziell auf die Bedürfnisse von Babys zugeschnitten anpreist, obwohl sie gefährliche Mengen an Zucker enthalten. Trotz seiner Behauptungen, er wolle «den Konsument\*innen bei der Wahl einer ausgewogenen Ernährung helfen» und «klare und transparente Nährwertangaben machen», setzt der Konzern zudem alles daran, den Gehalt an zugesetztem Zucker in seinen Produkten zu verbergen.

Im Juni forderte Public Eye das Staatssekretariat für Wirtschaft auf, unter Berufung auf das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb gegen Nestlé vorzugehen und diesen irreführenden Praktiken, welche die Gesundheit von Millionen von Säuglingen gefährden, ein Ende zu setzen. Zudem unterzeichneten über 105 000 Personen eine Petition zur Beendigung der umstrittenen Praxis. Die Unterschriften wurden Anfang Oktober Vertreter\*innen des Konzerns übergeben: Wir deponierten 40 m<sup>3</sup> leere Kartonschachteln, die symbolisch für 10 Millionen Zuckerwürfel stehen, vor dem Nestlé-Hauptsitz in Vevey. So viel zugesetzter Zucker steckt in den Cerelac-Produkten, die in einkommensschwächeren Ländern jeden Tag konsumiert werden.

Doch Nestlé stellt sich taub. Der Konzern bestreitet weiterhin seine Doppelmoral und behauptet, «allen Kindern die bestmögliche Ernährung zu bieten». Er verweist auf die Einhaltung der geltenden Gesetze und seine Bemühungen zur Reduktion des Zuckergehalts in seinen Produkten. Angesichts der Tragweite des



#### Ausblick

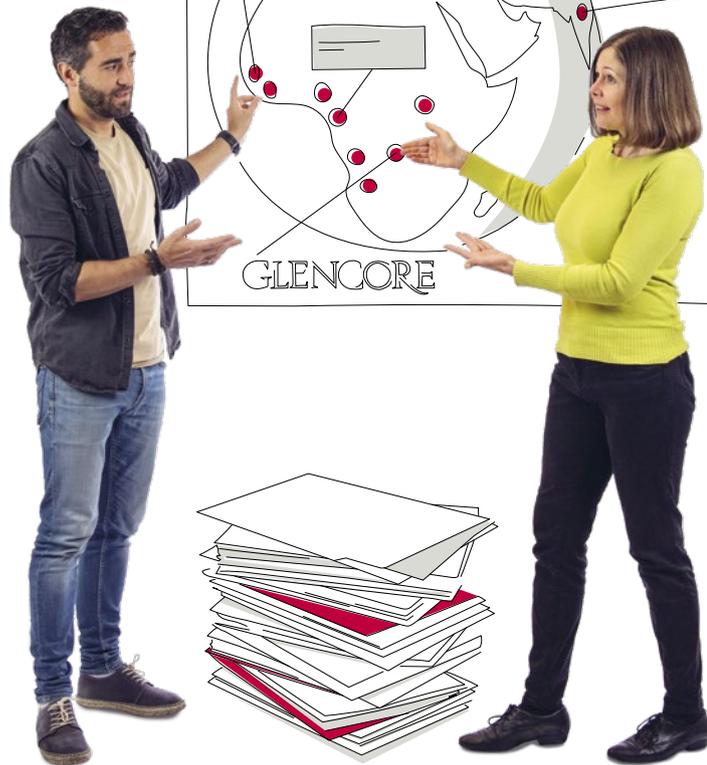
- ▶ Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Bauern und Bäuerinnen im mexikanischen Soconusco und Hunderttausende von Menschen, die in anderen Teilen der Welt für Nescafé produzieren, einen fairen und gerechten Preis für ihre Arbeit erhalten. Und dafür, dass Nestlé nicht mehr mit zweierlei Mass misst und in allen Ländern den Zuckersatz aus seiner Säuglingsnahrung entfernt.
- ▶ Wir behalten weiterhin die Aktivitäten des weltweit führenden Nahrungsmittelherstellers im Auge und beobachten deren Auswirkungen auf Millionen von Menschen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen, die für ihren Lebensunterhalt auf Nestlé angewiesen sind oder Produkte des Konzerns konsumieren.

Skandals hat Nestlé immerhin angekündigt, in einigen Märkten zuckerfreie Alternativen einzuführen – dies insbesondere in Indien, wo unsere Enthüllungen wie eine Bombe eingeschlagen und zu einem drastischen Kursrückgang der Nestlé-Aktie geführt haben. ■

# Korruption, Krieg, Klima – und der Rohstoffhandel mittendrin

Urteile wegen Korruption im Kongo, riskanter Handel mit russischen Rohstoffen und ein erschütternder Klimabericht: Schweizer Rohstoffhändler stehen zunehmend im Fokus der Justiz und der Öffentlichkeit. Doch die Strafen zeigen wenig Wirkung und nützen den geschädigten Ländern wenig. Es braucht dringend politische Reformen.

2024 fällten Gerichte eine Reihe von Strafurteilen gegen Schweizer Rohstoffhändler: Im März wurde Gunvor wegen Bestechung ausländischer Amtsträger in Ecuador schuldig gesprochen und zu einer Zahlung von über 86 Millionen Franken verurteilt. Im Sommer war die Reihe an Glencore: Das Unternehmen mit Sitz in Baar ZG musste wegen korrupter Machenschaften in der Demokratischen Republik Kongo 152 Millionen US-Dollar zahlen. Public Eye hatte 2017 dazu eine Strafanzeige eingereicht. Ende Jahr standen gleich zwei Unternehmen vor dem Bundesstrafgericht in Bellinzona: Im Oktober beleuchtete das Gericht die Rolle eines ehemaligen Gunvor-



Rechtsfälle Rohstoffhändler

GLENCORE



Mitarbeiters in einem Bestechungsfall in Kongo-Brazzaville. Und im Dezember fand ein Prozess gegen Trafigura und drei Einzelpersonen statt – darunter die frühere Nummer drei des Rohstoffgiganten. Das Urteil: Die erste strafrechtliche Verurteilung eines Unternehmens durch das Bundesstrafgericht wegen Bestechung fremder Amtsträger – in diesem Fall in Angola – sowie die erste Gefängnisstrafe für einen hochrangigen Manager wegen dieser Art von Wirtschaftskriminalität. Allen Fällen liegen Recherchen von Public Eye zugrunde, mit denen die Sachverhalte aufgearbeitet und publik gemacht wurden. Dass die Justiz diese Fälle aufgegriffen hat, ist

ein Erfolg – zeigt aber offensichtlich kaum präventive Wirkung. Und ebenso störend ist, dass die von solchen Korruptionsgeschäften geschädigte Bevölkerung von den Verurteilungen meist gar nichts hat. Denn die Bussen und Wiedergutmachungszahlungen bleiben bei uns und fließen in die Kassen von Bund und Kantonen. Hier braucht es Lösungen, damit sich die Schweiz nicht auf Kosten der geschädigten Länder bereichert.

### **Dringend notwendig: Rohstoffmarktaufsicht**

Um die Risiken des Rohstoffhandels präventiv anzugehen, hatte Public Eye 2014 die ROHMA ins Spiel gebracht. Diese – nach wie vor fiktive – Rohstoffmarktaufsicht könnte nach dem Vorbild der FINMA ein Grundmass an Transparenz in den Sektor bringen und durch eine laufende Aufsicht die grössten Risiken in den Griff bekommen. 2024 jährte sich das Nichtbestehen dieser Behörde zum zehnten Mal: Aus diesem Anlass haben wir im September eine einzigartige Sammlung von 20 Rechtsfällen der letzten Jahre erstellt, an denen Schweizer Rohstoffhändler beteiligt waren. Von Chiquita bis Vitol, von Wirtschaftskriminalität bis Menschenrechtsverletzungen: Die Fälle – wohl nur die Spitze des Eisbergs – zeigen exemplarisch, warum die Forderung nach einer Rohstoffmarktaufsicht nach wie vor hochaktuell ist. Die dazu

geschaffenen Illustrationen des Genfer Künstlers Jean-Philippe Kalonji zeigten wir im November im Rahmen einer Ausstellung an der Universität Genf. Genau analysiert haben wir auch, welche Auswirkungen die im Juli 2024 verabschiedete Konzernverantwortungsrichtlinie der EU auf den Schweizer Rohstoffhandelsplatz haben wird.

### **Getreideplünderungen in der Ukraine**

Bereits im Februar 2024 publizierten wir eine aufwendige Recherche zu russischen Getreideplünderungen in der Ukraine. Gemäss humanitärem Völkerrecht sind solche Plünderungen ein Kriegsverbrechen und deshalb verboten. Wir konnten aufzeigen, dass auch ein Zuger Rohstoffhändler solches Getreide gekauft hat. Zudem blieben die grossen Schweizer Agrarhändler allesamt den Beweis schuldig, dass sie in diesem Hochrisikogeschäft eine verstärkte Sorgfaltsprüfung durchführen. Gemäss den UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte müssten Unternehmen im Kontext von Kriegen oder Sanktionen exakt dies tun. Die Sanktionsbestimmungen greifen hier zu kurz. Lediglich der Import, nicht aber der Handel mit Gütern aus den besetzten ukrainischen Gebieten ist verboten. Just dieser Handel ist das Kerngeschäft der Schweizer Agrarhändler.



### **Katastrophale Auswirkungen auf das Klima**

Nirgends zeigt sich der Handlungsbedarf so dringend wie bei den Auswirkungen des Rohstoffhandels auf das Klima. Dennoch hat der Nationalrat im Juni die von Public Eye eingereichte Petition abgelehnt, die den Ausstieg aus dem Handel mit klimaschädlicher Kohle forderte. Wie schlecht das Geschäft mit fossilen Brennstoffen mit dem Pariser Klimaabkommen vereinbar ist, zeigten wir im November in einer Analyse der Nachhaltigkeitsberichte der fünf grössten Rohstoffhändler auf. Die Treibhausgasemissionen der verkauften Produkte sind 100-mal grösser als jene der gesamten Schweiz. Doch statt ihr fossiles Geschäftsmodell zu reformieren, versuchen die Händler ein vorgebliches Gegenmittel zur von ihnen mitverursachten

# TRANSPARENTEN HANDELSPLATZ



Klimakrise zu verkaufen: CO<sub>2</sub>-Zertifikate. Auch hier fordern wir Transparenz und verbindliche Regeln, denn die Zeit drängt.

Im letzten Jahr gab es aber auch gute Nachrichten: Mit unserer Recherche über die riesige Hochseeflotte der Rohstoffhändler konnten wir dazu beitragen, dass das vom Bundesrat geplante Steuerschlupfloch für den skandalträchtigen Schifffahrts- und Rohstoffsektor im Mai endgültig versenkt wurde: Der Nationalrat lehnte die Einführung der sogenannten Tonnage Tax ab. ■

## Ausblick

- Das Jahr 2025 steht im Zeichen der kürzlich lancierten zweiten Konzernverantwortungsinitiative. Der Hochrisikosektor Rohstoffhandel steht dabei in besonderem Fokus. Er ist einerseits ein Hauptgrund, wieso die Schweiz ein Konzernverantwortungsgesetz braucht. Andererseits sind die Risiken im Rohstoffsektor ungleich höher als in anderen Sektoren. Um auf die Dringlichkeit einer Rohstoffaufsicht aufmerksam zu machen, planen wir zusammen mit den Regionalgruppen in weiteren Landesteilen Ausstellungen mit den Werken des Künstlers Jean-Philippe Kalonji.
- Die Verantwortung des Rohstoffhandels in der Klimakrise beschäftigt uns weiterhin: Wir werden seine Pläne für die

Energietransition unter die Lupe nehmen. Diese müssen einen raschen und fairen Ausstieg aus fossiler Energie und den Ausbau erneuerbarer Energien ermöglichen.

- Wir erwarten 2025 den Bericht des Bundesrats zu einem Postulat der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats zu den Sanktionen gegen Russland im Rohstoffbereich. Der Bericht zeigt hoffentlich die Rolle des Rohstoffhandelsplatzes bei der Finanzierung des russischen Kriegs in der Ukraine auf. 2025 sollen auch die ersten Resultate der Datenerhebung des Bundes zum Rohstoffsektor vorliegen. Damit sollte die Datenlage minim besser werden, denn immerhin sollen Schätzungen zur Wertschöpfung der Branche vorliegen.

# Mehr Tempo bei der Bekämpfung von Geldwäscherei und Korruption

Im Jahr 2024 haben wir uns verstärkt engagiert, den Bundesrat und das Parlament dazu zu bewegen, einige der riesigen Lücken in der Geldwäscherei- und Korruptionsbekämpfung zu schliessen. Im Fokus: Anwält\*innen, die als «Berater\*innen» unantastbar bleiben, sowie die Recherche über einen Fall, der uns ein vorübergehendes Publikationsverbot eingebracht hat.

Durch internationale Korruption entgehen Ländern mit niedrigem Einkommen jedes Jahr Einnahmen in Millioenhöhe. Die Komplizenschaft der Schweiz aufzuzeigen und dagegen vorzugehen, bleibt unsere Priorität. Seit dem Start unserer Kampagne 2021 versuchen wir beharrlich, die Behörden dazu zu bringen, die Lücken in der Gesetzgebung zur Geldwäschereibekämpfung zu schliessen, indem wir auf die Verantwortung der «Korruptionsvermittler\*innen» in der Schweiz aufmerksam machen.

2024 haben wir eine neue Front eröffnet. Wir haben untersucht, welche Tätigkeiten Anwält\*innen nebst ihren typischen Diensten (Vertretung vor Gericht und Rechtsberatung) für ihre reiche Klientel erbringen. Tätigkeiten, die wenig gemein haben mit der edlen Gesinnung ihres

Berufsstandes: von der Gründung und Verwaltung von Unternehmen über die Beratung beim Kauf von Immobilien bis hin zur Einrichtung von Stiftungen oder Trusts. Wirtschaftskriminelle lieben diese Ratschläge, die ihnen dabei helfen, ihre schmutzigen Gelder reinzuwaschen. In der Schweiz sind diese Tätigkeiten von Anwält\*innen noch immer nicht dem Geldwäschereigesetz (GwG) unterstellt. Im Gegensatz zu ihren Kolleg\*innen in





### Ausblick

- 2025 wird die Stunde der Wahrheit schlagen: Beabsichtigt die Schweiz wirklich, schwere Wirtschaftskriminalität zu bekämpfen? Wir werden aufmerksam verfolgen, was aus den Gesetzesentwürfen zu den «Beraterinnen und Berater» und zur Transparenz juristischer Personen wird.
- Ende 2024 haben wir zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit unser Geldwäschereispiel FortUNO herausgegeben. Alle Ständerät\*innen haben das witzig-ironische Kartenspiel im Vorfeld der Debatten von uns geschenkt bekommen. Ein spielerischer Weg, um sie daran zu erinnern, dass die Spielregeln geändert werden müssen.
- 2025 setzen wir auch unsere Recherchen über die Verantwortung der Schweiz für die Tragödie im Libanon fort – ein vom Krieg zerrissenes Land, dessen ultrakorrumpierte politische Elite die Schweiz jahrzehntelang als sichere Basis nutzte und die Dienste der hiesigen Anwalt\*innen, Banken und Immobilienmakler\*innen sehr schätzte.

der EU sind sie nicht verpflichtet, die Herkunft der Gelder ihrer Kundschaft zu überprüfen und sicherzustellen, dass die in Anspruch genommenen Dienstleistungen nicht dazu dienen, die Veruntreuung öffentlicher Gelder oder andere Missstände zu verschleiern.

Auf internationalen Druck hin sah sich der Bundesrat wiederholt gezwungen, sich des Themas anzunehmen, und versuchte zweimal, eine Reform des GwG anzustossen. Das Parlament, das für die Anliegen der Anwaltslobby sehr empfänglich ist, lehnte es 2021 ab, auf die erste Vorlage einzutreten. 2024 wurde eine neue Version ausgearbeitet, die Sorgfaltspflichten für sogenannte «Beraterinnen und Berater» vorsieht. Ein Teil des Berufsstandes beschwört das Ende des Berufsgeheimnisses herauf und rüstet sich, um das Projekt erneut zum Scheitern zu bringen.



### Publikation via Gericht verzögert

Im Sommer 2024 veröffentlichten wir einen Artikel über diese hitzigen Debatten. Eigentlich hätte eine Recherche den Artikel begleiten sollen: das Fallbeispiel eines Genfer Anwalts. Dieser unterhielt in der Schweiz ganz legal Briefkastenfirmen für Riad Salameh, den Ex-Chef der libanesischen Zentralbank, der in einem Dutzend Ländern – darunter auch in der Schweiz – wegen Geldwäscherei verfolgt wurde. Doch der Anwalt fuhr seine Krallen aus und erwirkte bei einem Genfer Gericht superprovisorische Massnahmen, welche die Veröffentlichung unseres Artikels um mehrere Monate verzögerten. Ein

weiterer Versuch, unsere Arbeit durch ein Gerichtsverfahren zu behindern – Slapp lässt grüssen (*siehe Seite 21*).

Ausserdem haben wir an der Vernehmlassung des Bundesrats zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Transparenz juristischer Personen teilgenommen. Das Gesetz soll das Dispositiv zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität stärken, wobei die wichtigste Massnahme ein zentrales Register der wirtschaftlich Berechtigten von in der Schweiz domizilierten Gesellschaften ist. Das Problem: Diese Datenbank wird vermutlich der Zivilgesellschaft – Medienschaffenden und auf Korruptionsbekämpfung spezialisierten NGOs – nicht zugänglich sein, wie es in einigen europäischen Ländern der Fall ist. ■

# Die Transformation des Modesystems

2024 bekräftigte Public Eye mit Folgerecherchen zur Flugmode bei Zara und zu den Arbeitsbedingungen bei Shein die Forderungen an die beiden Firmen. Wir unterstützten zudem den Arbeitskampf in einer italienischen Zulieferfabrik von Montblanc. Und im Dezember lancierten wir erfolgreich unseren Fachbericht «One-Earth Fashion», der auch dieses Jahr von sich reden machen wird.

Flugtransporte von Mode sind eine grosse und völlig unnötige Quelle von Treibhausgasemissionen. Der Zara-Mutterkonzern Inditex, der besonders oft Mode per Flugzeug transportiert, hat auch im jüngsten Geschäftsbericht keine Pläne präsentiert, wie die Mode wieder auf den Boden gebracht werden soll. Die Transportemissionen sind im Geschäftsjahr 2023 sogar nochmals drastisch angestiegen: um satte 37%! Deshalb hat Public Eye einen von 26 192 Personen unterschriebenen Appell an Inditex gerichtet. Diesen haben wir im Februar dem CEO des Konzerns, Óscar García Maceiras, übergeben. Wir fordern Inditex dazu auf, seinen Klimaschutzversprechen Taten folgen zu lassen und den Ausstieg aus der Flugmode einzuleiten. Inditex muss auch endlich transparent über den Umfang seiner CO<sub>2</sub>-Emissionen berichten, ins-

besondere in Bezug auf Flugtransporte. Denn bis jetzt schweigt der Konzern darüber.

Weil das Management den Appell bislang ignoriert und keine Kurskorrektur vornimmt, haben wir uns im Sommer an die Aktionär\*innen des spanischen Fast-Fashion-Konzerns gewandt. Im Vorfeld der Generalversammlung vom 9. Juli erinnerten wir Inditex an unsere Forderungen. Es ist eine Frage des Willens des Verwaltungsrats sowie der Aktionär\*innen, endlich aus der klimaschädlichen Flugmode auszusteigen.





### Nachrecherche bei Shein

Zwei Jahre nach unserer Pionierrecherche in Sheins südchinesischen Produktionsbetrieben zeigt eine Nachrecherche, was die Nachhaltigkeitsrhetorik des Online-Moderiesen wert ist. Illegale Arbeitszeiten und Akkordlöhne prägen weiter den Alltag der Arbeiter\*innen. Entsprechend zweifelhaft wirkt ein von Shein beauftragtes Fabrikaudit. Misstrauen weckt der unter Druck geratene

Wegwerfmodekonzern zudem durch seine undurchsichtigen Finanzen und den von der Bildfläche verschwundenen Gründer.

Der anhaltende Überstundenexzess mit Arbeitswochen von 75 Stunden und die anderen Ergebnisse unserer Nachrecherchen zeigen, dass Shein ohne externen Druck nicht mehr soziale Verantwortung übernehmen wird. Den wirksamsten Hebel zur Behebung der aufgezeigten Missstände haben aber Parlamente und Regierungen. Was es braucht, ist eine Modeindustrie, in der niemand mehr im 12-Stunden-Akkord Kleider nähen muss, die erst rund um die Welt geflogen werden und dann kaum getragen im Müll landen.

### Arbeitskampf in italienischer Zulieferfabrik von Montblanc

Arbeiter\*innen aus chinesischen Fabriken im italienischen Prato kämpften erfolgreich für faire Arbeitszeiten. Kurz darauf verlagerte der Schweizer Luxuskonzern Richemont, der dort hochpreisige Ledertaschen seiner Marke Montblanc fertigen liess, die Produktion. Die Arbeiter\*innen verloren ihren Job. Public Eye ist solidarisch mit ihnen und der Gewerkschaft Sudd Cobas und unterstützte ihre Forderung nach der Wahrung der Gewerkschaftsrechte, unter anderem bei einer Strassenaktion in Genf.



### Veröffentlichung des Berichts «One-Earth Fashion»

Im Dezember veröffentlichten wir unseren Bericht «One-Earth Fashion – 33 Transformation Targets for a Just Fashion System within Planetary Boundaries». In diesem Bericht stellen wir die positive Vision einer gerechten Modeindustrie und 33 konkrete Transformationsziele für das Jahr 2030 vor. Wenn wir eine lebenswerte Umwelt und mehr Gerechtigkeit auf der Erde erreichen wollen, muss das Modesystem tiefgreifend verändert werden. Kleine Anpassungen hier und da reichen nicht – es

braucht einen Übergang zu einem neuen, gerechten System für Mode, das die planetarischen Grenzen respektiert.

Es gibt weltweit immer mehr Umweltkrisen, Ungleichheiten und Rechtsverletzungen. Sie erfordern ein schnelles und entschlossenes Handeln. Die im Bericht vorgestellten Transformationsziele, konkreten Ideen zur Regulierung und ersten Schritte für Unternehmen zeigen auf, wie eine solche Wende aussehen könnte. ■

#### Ausblick

- ▶ Mit dem Bericht «One-Earth Fashion» wollen wir die internationale Debatte über die sozial-ökologische Transformation des Modesystems vorantreiben sowie Denkanstösse und Handlungsempfehlungen geben. Darum diskutieren wir im Rahmen einer vierteiligen Webinarreihe die unterschiedlichen Ebenen des Berichts mit Expert\*innen.
- ▶ Im Frühjahr werden wir zudem die wesentlichen Inhalte des Fachberichts und unsere Veränderungsvision auch für ein breites Publikum greifbar machen und aufzeigen, wie die Schweizer Politik einen solchen Wandel im Modesektor befördern sollte.

# Die Schweiz muss gegen missbräuchliche Patente in der Pharmaindustrie vorgehen

Missbrauchsbekämpfung ist ein Schlagwort, das unsere Bundesbehörden zwar gerne wiederholen, die Anwendung auf die Pharmaindustrie vermeiden sie jedoch tunlichst. Dabei zeigen unsere Recherchen, dass die Pharmakonzerne das Patentsystem missbrauchen, um die Konkurrenz auszuschalten und die Preise für ihre Kassenschlager hochzuhalten. Die Schweiz muss gegen diese Praktiken und deren verheerende Auswirkungen auf die Gesundheit und die öffentlichen Finanzen vorgehen.

Schweizer Pharmakonzerne zeichnen sich international durch eine Anhäufung missbräuchlicher Patente und Rechtsstreitigkeiten aus, mit denen Generikahersteller vom Markt verdrängt und hohe Medikamentenpreise aufrechterhalten werden. Symptomatisch ist der Fall des Novartis-Medikaments Entresto (Mittel gegen Herzinsuffizienz): Wie unsere Recherchen zeigen, hat Novartis in den USA und in Indien zahlreiche Klagen eingereicht, um sein Patent zu verteidigen. Diese Prozesslawine gefährdet den Zugang zu erschwinglichen Medikamenten, hier wie anderswo.

Entresto ist durch ein Dutzend Patente geschützt, die absichtlich zeitlich gestaffelt eingereicht wurden, um die Dauer des Monopols weit über die 20 Jahre hinaus zu verlängern, die das internationale Recht vorsieht. Diese Strategie der Anhäufung von Patenten ist seit Langem Teil des Geschäftsmodells der Pharmariesen. Die grosse Mehrheit dieser Patente ist jedoch ungerechtfertigt. Anstatt echte therapeutische Fortschritte zu ermöglichen, dienen



sie vor allem der Aufrechterhaltung der Monopolstellung und der damit einhergehenden hohen Preise – auf Kosten der Patient\*innen und der staatlichen Gesundheitsbudgets.

Der Bundesrat muss gegen den systematischen Missbrauch des geis-

tigen Eigentums im Arzneimittelbereich vorgehen, statt ihn blindlings zu unterstützen. Als Mitglied des Europäischen Patentamts könnte sich die Schweiz für strengere Patentierbarkeitsregeln und deren Durchsetzung einsetzen, um die Erteilung unverdienter Patente zu unterbinden.

### Ein weiteres Geschenk an die Pharmaindustrie

Die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) zielt unter anderem darauf ab, vertrauliche Preismodelle für die Preise neuer, sehr teurer Medikamente zu legalisieren und sie vom Öffentlichkeitsgesetz (BGÖ) auszunehmen. Obwohl die Revision noch nicht abgeschlossen ist, verhandelt das Bundesamt für Gesundheit bereits seit mehreren Jahren ohne wirkliche Rechtsgrundlage über solche Geheimrabatte. Die Preismodelle boomen seit einigen Jahren: Gab es Anfang 2019 noch kein einziges Medikament mit Geheimrabatt, so sind es heute bereits über 80. Selbst wenn man sich auf das BGÖ beruft, wie es Public Eye versucht hat, ist es unmöglich, die tatsächlich von den Krankenversicherungen übernommenen Preise für



diese neuen Medikamente zu erfahren. Die beiden Parlamentskammern haben ihre Differenzen in dieser Frage noch immer nicht beigelegt und schieben sich seit Monaten gegenseitig den Ball zu. Sollten solche Geheimrabatte im KVG legalisiert werden, würde der Grundsatz der Transparenz aus wirtschaftspolitischen Gründen geopfert und ein gefährlicher Präzedenzfall im Sozialversicherungswesen geschaffen.

### **Problematisches Abkommen mit Indien**

Nach 16 Jahren Verhandlungen wurde das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA, zu der auch die Schweiz gehört) und Indien im März 2024 unterzeichnet. Um dieses Abkommen zu erreichen, war die Schweiz dank des Widerstands der indischen Gesundheitsbehörden und der Zivilgesellschaft – darunter Public Eye – zwar gezwungen, ihre Ansprüche im Bereich des geistigen Eigentums zu senken. Doch sie setzte die Schwächung bestehender Klauseln durch, die eine wirksame Bekämpfung von missbräuchlichen Patenten ermöglicht hätten. Indien musste zudem sein Patentgesetz anpassen, was zu höheren Medikamentenpreisen führen dürfte – in einem Land, in dem die meisten Patient\*innen ihre Behandlungen aus eigener Tasche bezahlen müssen. ■

#### Ausblick

- ▶ 2025 werden wir neue Fallstudien über die Strategien zusammenstellen, mit denen – insbesondere Schweizer – Pharmariesen das Patentsystem missbrauchen und sich auf Kosten von Sozialversicherungen und Patient\*innen unanständig hohe Gewinnmargen sichern, in der Schweiz und anderswo. Entresto von Novartis ist bei Weitem kein Einzelfall.
- ▶ Wir werden den Prozess der KVG-Revision im Parlament weiterhin verfolgen und uns gegen Geheimrabatte auf Medikamente einsetzen.
- ▶ Auch auf internationaler Ebene werden wir uns weiterhin engagieren, damit die Schweiz aufhört, in Gesundheitskrisen das geistige Eigentum um jeden Preis zu schützen (Pandemie-Vertrag in Verhandlung bei der Weltgesundheitsorganisation) oder es in Freihandelsabkommen mit einkommensschwachen Ländern sogar noch auszubauen (Verhandlungen mit Mercosur oder Thailand).
- ▶ Wir werden weiterhin für eine bessere Regulierung und mehr Transparenz kämpfen, insbesondere in Bezug auf die Verbindungen zwischen der Pharmaindustrie und dem Parlament und der Verwaltung.

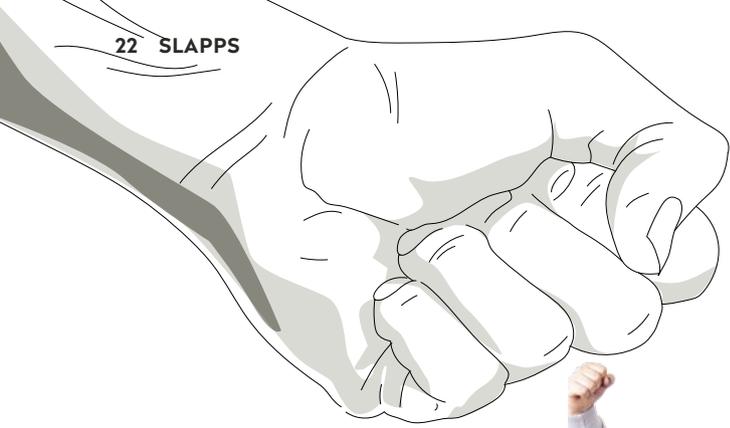
# Public Eye engagiert sich gegen Slapps

Angesichts der steigenden Zahl an Einschüchterungsklagen geht Public Eye gegen Praktiken vor, die eine ernsthafte Gefahr für die Meinungsfreiheit und die Demokratie darstellen.

Der Begriff Slapp (abgeleitet vom englischen slap, Schlag) steht für «Strategic Lawsuit Against Public Participation». Darunter versteht man Klagen, mit denen Konzerne oder Einzelpersonen versuchen, Journalist\*innen oder NGOs zum Schweigen zu bringen – ein Phänomen, das weltweit zunimmt. Auch in der Schweiz, wie wir bezeugen können (*siehe Box auf Seite 23*). Aus diesem Grund haben Public Eye und andere NGOs im Juli 2023 die Schweizer Allianz gegen Slapp gegründet, der mittlerweile rund 20 zivilgesellschaftliche Organisationen und 4 Medienverbände angehören. Gemeinsam wollen wir Einschüchterungstaktiken bekämpfen, die das Recht auf freie Meinungsäusserung und die Medienvielfalt beeinträchtigen.



Neben der Konsolidierung ihrer Strukturen arbeitete die Allianz 2024 daran, innerhalb der Mitgliedsorganisationen das Know-how darüber zu stärken, wie sie sich gegen Drohungen und missbräuchliche Klagen zur Wehr setzen können. Im Februar und Juli wurden Workshops



mit Jurist\*innen und NGO-Mitarbeitenden veranstaltet. Die Allianz befasste sich auch mit der Frage, welche Massnahmen vorbeugend ergriffen werden können, um sich bestmöglich gegen solche Angriffe und deren Folgen zu schützen.

### **Gesetzliche Bestimmungen nötig**

Auf politischer Ebene setzt sich die Allianz für die Verabschiedung gesetzlicher Bestimmungen ein, die Einschüchterungsklagen entgegenwirken. Im April 2024 hat die EU eine Anti-Slapp-Richtlinie zum Schutz von Medienschaffenden und Menschenrechtsverteidiger\*innen verabschiedet. Nun ist es unabdingbar, dass auch der Bundesrat und das Parlament den Handlungsbedarf anerkennen und in der Schweiz gesetzgeberische Massnahmen ergriffen werden. In diesem Sinne hat die Allianz ebenfalls wichtige Vorarbeit geleistet und sich mit der Frage beschäftigt, wie ein auf den Schweizer Kontext zugeschnittener Mechanismus geschaffen werden könnte, mit dem missbräuchliche Klagen schneller erkannt und bearbeitet würden.

Nachforschungen anzustellen und Tatsachen offenzulegen, ist keine Straftat, sondern ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Wir sind entschlossen, dieses Prinzip allen Hindernissen zum Trotz zu verteidigen. ■

### Public Eye vor Gericht

- ▶ Public Eye war in den letzten Jahren immer wieder Gegenstand von gerichtlichen Drohungen und Klagen. Im Februar 2024 haben wir einen wichtigen Sieg errungen: Das Regionalgericht Bern-Mittelland hat die beiden Autorinnen und den Autor eines von Public Eye und Trial International veröffentlichten Berichts vom Vorwurf der «üblen Nachrede oder gar der Verleumdung» freigesprochen, nachdem die Kolmar Group AG eine entsprechende Strafanzeige eingereicht hatte. Die journalistischen Recherchen hatten ergeben, dass der Zuger Handelskonzern zwischen 2014 und 2015 am Handel mit Diesel aus dem damals im Bürgerkrieg befindlichen Libyen beteiligt war.
- ▶ Das Gericht befand, dass die Ermittlerinnen und der Ermittler ihren journalistischen Pflichten voll und ganz nachgekommen waren und sich auf zahlreiche Quellen gestützt hatten. Es betonte ausserdem, dass ihre Recherche im Interesse der Öffentlichkeit lag. Wenig überraschend legte Kolmar gegen das Urteil Berufung ein. Das juristische Tauziehen wird also 2025 weitergehen. Zumal der Konzern im Rahmen einer in Zug angestregten Zivilklage von Public Eye und Trial International immer noch die beispiellose Summe von 1,8 Millionen US-Dollar Schadenersatz fordert.



# Der Handel muss sich wandeln

Im vergangenen Jahr setzte die Bundesverwaltung zu einer neuen Handelsoffensive an. Am tiefen Ambitionsniveau bei Menschenrechten und Nachhaltigkeit hat sich im Vergleich zu früheren Jahren aber wenig geändert. Aktuell gilt für den Bundesrat: je grösser und schneller, desto besser.

2024 hatte es die Schweiz handelspolitisch auf die beiden bevölkerungsreichsten Länder der Welt abgesehen: Indien und China. Gegenüber der EU profitiert sie im Rennen um die begehrten Handelsverträge von einem entscheidenden Wettbewerbsvorteil: tiefe Anforderungen an Menschenrechte und Nachhaltigkeit.

## Nachhaltigkeitsdumping

Das neu unterzeichnete Freihandelsabkommen mit Indien enthält zwar ein Nachhaltigkeitskapitel, doch dessen Bestimmungen sind rechtlich nicht durchsetzbar. Zudem versprach die Schweiz Investitionen in Milliardenhöhe, um

den Deal ins Trockene zu bringen. Unverständlicherweise fehlen hier Kriterien, um zu verhindern, dass diese Gelder beispielsweise in die fossile Industrie fliessen. Wie in Verhandlungen mit anderen Staaten bestand die Schweiz auch beim Vertrag mit Indien auf Bestimmungen zu geistigem Eigentum, die über internationale Standards hinausgehen. Als Folge des Handelsvertrags ist in Indien bereits jetzt das Recht auf Medikamente geschwächt (*siehe Seite 20*).

Im aktuell in Verhandlung stehenden Freihandelsabkommen mit Thailand besteht die Schweiz auf Bestimmungen, die das Recht auf Medikamente im Land entscheidend einschränken könnten. Ähnliches gilt für



das Recht auf Saatgut. Diese beiden Punkte hebt auch eine 2024 erstmals für ein Schweizer Handelsabkommen erschienene Nachhaltigkeitsstudie hervor. Public Eye setzt sich dafür ein, dass mit diesem wichtigen Instrument zukünftig eine gerechtere Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz möglich wird.

### Deals zu jedem Preis

Wie entschieden die schweizerische Handelspolitik aktuell in die falsche Richtung geht, zeigt die geplante Vertiefung der Handelsbeziehungen mit China. Im neuen Abkommen soll weder ein Kapitel zu Menschenrechten

#### Ausblick

- ▶ Dieses Jahr wird Public Eye die Verhandlungen zu den Abkommen mit China und Mercosur kritisch begleiten. Durch das Initiieren politischer Vorstösse und eine intensive Auseinandersetzung mit den verantwortlichen Stellen verleihen wir auch zukünftig unserer Forderung nach einer gerechteren Handelspolitik Nachdruck.
- ▶ Der Bericht von Public Eye für eine zukunftsfähige Aussenwirtschaftspolitik hat eine Auseinandersetzung mit der Position der Schweiz lanciert. Während parlamentarische Vorstösse zu diesem Anliegen hängig sind, beleben wir auch in diesem Jahr aktiv die Debatte. Wir bleiben ein wesentlicher Ansprechpartner für dieses Anliegen, damit die Schweiz endlich ein würdiges Aussenwirtschaftsgesetz erhält.

Eingang finden, noch führt die Schweiz ernsthafte Verhandlungen, um zu verhindern, dass Produkte aus Zwangsarbeit importiert werden. Schon jetzt ist klar, dass dieses wohl im Schnellverfahren verhandelte Abkommen dem Referendum unterstehen wird, anders als dies bei der vor über zehn Jahren von Public Eye heftig kritisierten ersten Version der Fall war. ■

# Syngenta-Pestizid vergiftet Landwirte in Brasilien

Das Pestizid Diquat verursacht in Brasilien schwere Vergiftungen bei Landwirten. Obwohl es in Europa nicht mehr zugelassen ist, exportiert Syngenta das Herbizid aus Grossbritannien. Auch die Schweiz und Frankreich exportieren – trotz Exportverboten – weiterhin Pestizide, deren Einsatz im eigenen Land nicht erlaubt ist.

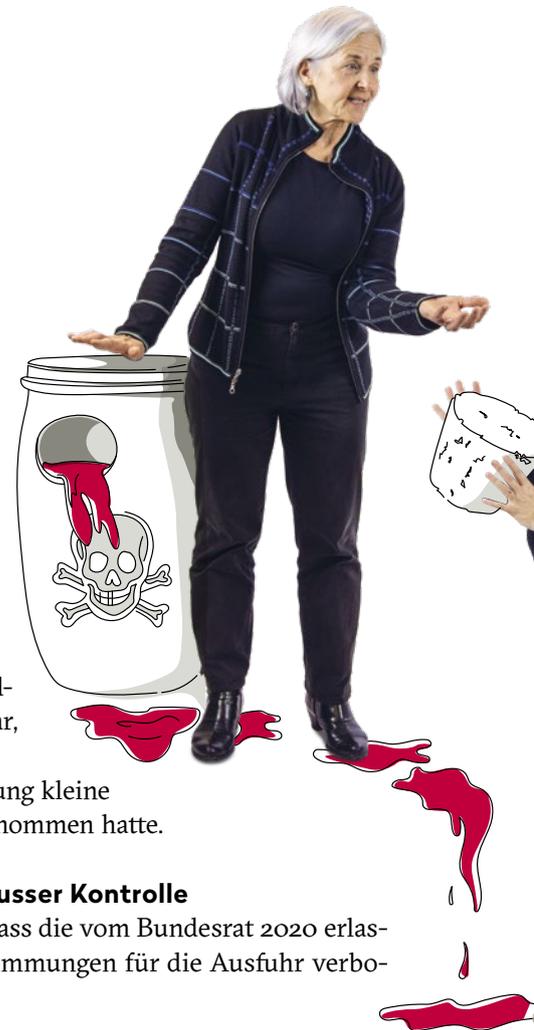
Im Oktober dokumentierte Public Eye die Auswirkungen des Syngenta-Pestizids Diquat im südbrasilianischen Bundesstaat Paraná. In der Schweiz und der EU wurde Diquat 2018 aufgrund des hohen Risikos für Landarbeiter\*innen und Anrainer\*innen verboten. In Brasilien dagegen stieg der Einsatz stark an, nachdem das ebenfalls von Syngenta hergestellte Pestizid Paraquat verboten worden war: Die Diquat-Verkäufe schnellten von 1300 Tonnen im Jahr 2019 auf fast 24 000 Tonnen im Jahr 2022.

Seither haben auch die Vergiftungen zugenommen: In den allermeisten Fällen ist Syngentas Produkt Reglone dafür verantwortlich. Vor Ort sprachen wir mit mehreren Bauern, die durch das Syngenta-Produkt vorübergehende

Lähmungen und bleibende Augenschäden erlitten hatten. Und wir trafen die Familie eines Landwirts, der gestorben war, nachdem er in einem Moment der Verzweiflung kleine Mengen Reglone eingenommen hatte.

## Schweizer Exporte ausser Kontrolle

Wir zeigten auch auf, dass die vom Bundesrat 2020 erlassenen strengeren Bestimmungen für die Ausfuhr verbo-



tener Pestizide weitgehend wirkungslos sind: 80 hochgefährliche Pestizide, die in letzter Zeit in der Schweiz verboten wurden, sind vom Verbot nicht betroffen, weil die Aktualisierung der entsprechenden Stofflisten verschleppt wurde. Hochgiftige Stoffe, die Mensch und Umwelt gefährden, können so ohne jede Kontrolle exportiert werden. Gemäss EU-Daten ist die Schweiz weiterhin am Handel mit solchen Stoffen, darunter Diquat, beteiligt.

### Grosse Schlupflöcher im französischen Gesetz

Zusammen mit «France Télévisions» veröffentlichten wir zudem eine Untersuchung, die zeigt, dass auch Frankreich trotz Exportverbot weiterhin Tausende Tonnen verbotene Pestizide ausführt. Dies, obwohl die Regierung schon vor über zwei Jahren verspro-

#### Ausblick

- Public Eye wird sich weiter dafür engagieren, dass europäische Länder den Export verbotener Pestizide per Gesetz stoppen oder die Lücken in bestehenden Exportregulierungen schliessen.
- In der Schweiz wollen wir erwirken, dass der Bundesrat rasch Transparenz über diese Exporte schafft und – gemäss seinen eigenen Absichtserklärungen – die Ausfuhr aller verbotenen Pestizide stoppt, die anderswo die Umwelt oder die Gesundheit gefährden.
- Zudem wollen wir durch eine umfangreiche Erhebung der EU-Exporte verbotener Pestizide den Druck auf Behörden und Politiker\*innen erhöhen, ein europaweites Verbot zu erlassen. Die Europäische Kommission hatte bereits 2020 einen entsprechenden Gesetzesentwurf versprochen, doch dieser lässt bis heute auf sich warten.

chen hatte, entsprechende Gesetzeslücken zu schliessen. Nun kündigte die Abgeordnete und Ex-Umweltministerin Delphine Batho einen entsprechenden Gesetzesentwurf an. Sie bezeichnete es als «beschämend», dass diese Gifte weiterhin produziert und exportiert werden. ■



# Comeback der Konzernverantwortungsinitiative

Die Konzernverantwortungsinitiative ist zurück – und das gleich mit einem Sammelrekord: Noch nie wurden die Unterschriften für eine Volksinitiative in so kurzer Zeit gesammelt. In der EU ist seit letztem Sommer ein umfassendes Konzernverantwortungsgesetz in Kraft. Public Eye ist Teil der Koalition, die eine auf die Schweizer Situation angepasste Umsetzung davon fordert.

Am 7. Januar 2025 wurde die neue Konzernverantwortungsinitiative lanciert, und in nur 14 Tagen wurden über 180 000 Unterschriften gesammelt. Auch zehn Jahre nach der Lancierung der ersten Initiative hat das Anliegen sehr viele Freiwillige und Unterstützer\*innen mobilisiert, die auf der Strasse Unterschriften gesammelt und die Initiative unterzeichnet haben. Das Thema bleibt aktuell und ist von der politischen Agenda nicht mehr wegzudenken – insbesondere auch nach den Entwicklungen in der EU im letzten Jahr. So ist in der EU im Juli 2024 ein umfassendes Konzernverantwortungsgesetz – die sogenannte Corporate Sustainability Due Diligence

Directive (CSDDD) – in Kraft getreten. Mit der neuen Volksinitiative fordert Public Eye ein auf die Schweizer Gegebenheiten angepasstes Konzernverantwortungsgesetz entlang den Inhalten der EU-Richtlinie. Diese umfasst sektorübergreifende Sorgfaltspflichten für Grossunternehmen und sieht eine zivilrechtliche Haftung für Tochterunternehmen sowie neu auch eine Aufsichtsbehörde vor.





Die Lancierung eines Appells der Koalition für Konzernverantwortung Anfang Juni 2024 hat die Diskussion über griffige Konzernverantwortungsregeln in der Schweiz erneut entfacht. Darin fordern rund 325 bekannte Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ein Konzernverantwortungsgesetz für die Schweiz. Zudem lief bis im Oktober letzten Jahres die Vernehmlassung für eine Anpassung der Pflicht zur Berichterstattung, an der sich auch Public Eye beteiligte. Anstatt die Gelegenheit zu nutzen, eine international abgestimmte, umfassende Vorlage zum Thema Konzernverantwortung zu erarbeiten, spielt der Bundesrat auf Zeit und will vorerst nur die Berichterstattungspflicht aus dem Gegenvorschlag anpassen. Einmal mehr zeigt sich: Die neue Initiative ist dringend nötig, damit die Schweiz nicht bald das einzige Land in Europa ist, das kein griffiges Konzernverantwortungsgesetz kennt.

### Breite Unterstützung

Hinter der Initiative steht auch dieses Mal eine breite Koalition aus über 90 Menschenrechts- und Umweltorgani-

sationen – darunter auch Public Eye –, Politiker\*innen verschiedener Parteien und Wirtschaftsvertreter\*innen. Diese breit gefächerte Unterstützung sowie das eindrucksvolle Engagement der Freiwilligen trugen massgeblich dazu bei, dass der Sammelrekord für eine Volksinitiative gebrochen werden konnte. ■

### Ausblick

- In Anbetracht der anhaltend hohen Zahl von Menschenrechtsverletzungen und Fällen von Umweltverschmutzung in globalen Wertschöpfungsketten werden wir uns auch 2025 für eine Konzernregulierung in der Schweiz einsetzen. Dazu recherchieren und veröffentlichen wir Missstände bei Schweizer Konzernen in sensiblen Branchen wie beispielsweise dem Rohstoffsektor, dem Agrarhandel oder der Textil-, Chemie- und Pharmabranche.
- Mit der neuen Volksinitiative fordern wir ein auf die Schweizer Gegebenheiten angepasstes Konzernverantwortungsgesetz entlang den Inhalten der EU-Richtlinie. Public Eye ist auch dieses Mal im Initiativkomitee vertreten. Die Initiative wird uns sicher wieder einige Zeit begleiten – und dieses Mal werden wir gewinnen!

# Freiwillige in Aktion

Die Themen von Public Eye einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen: Dieses Ziel motiviert zahlreiche Freiwillige, sich in einer Regionalgruppe (Regru) zu engagieren. Ihre kreativen Aktionen sensibilisieren die Menschen lokal und niederschwellig.

Unsere grosse Kampagne «Für Nestlé sind nicht alle Babys gleich süss» (siehe Seite 5) inspirierte Regrus im ganzen Land zu kreativen Bastelaktionen. So durften Flanierende in der Fussgängerzone Winterthur anhand eines Zuckerwürfelquiz erraten, wie viel Gramm Zucker sich in Nestlés Babynahrung verstecken. Die Regru Basel führte bei sommerlichen Temperaturen am Quartierflohmarkt wertvolle Gespräche und erfuhr viel Unterstützung für unsere Anliegen. Anfang Oktober half die Regru Waadt schliesslich tatkräftig mit, die von über 100 000 Menschen unterzeichnete Petition gegen Nestlés Doppelstandards vor dem Konzernhauptszitz in Vevey abzuliefern.





Ausser mit Zucker beschäftigt sich die Regru Winterthur intensiv mit dem Thema Kaffee. Aus aufwendigen Recherchen entwickelte sie den Stadtrundgang «Kaffee & Winterthur», der auf grosses Interesse stiess. Stadtrundgänge bietet auch die Regru Zürich an. Die Führungen zum Finanzplatz Zürich wurden im Frühling und Herbst 2024 wieder aufgenommen und rege besucht. Die Regru Bern organisierte Hofbesuche bei landwirtschaftlichen Betrieben und informierte sich über Herausforderungen, die lokale Landwirt\*innen für ihre Zukunft sehen. In Luzern organisierte die Regru Zentralschweiz Bargespräche über globale Gerechtigkeit, die zum Zuhören, Mittrinken und Mitdiskutieren einluden. Die Regru Ostschweiz fand neue Mitglieder und bringt Public Eye Themen bei lokalen Veranstaltungen, wie dem Sozial- und Umweltforum Ostschweiz, an die Öffentlichkeit. Als Eyecatcher entpuppte sich das (Un-)Glücksrad der Regru Aargau, das Besuchende durch Drehen des Rades in die Lebensrealität von Menschen im Globalen Süden versetzte.

Wir danken den Mitgliedern der Regionalgruppen herzlich für ihr stetes Engagement für Public Eye! ■

# Freiwilligenarbeit bei Public Eye in Zahlen

Freiwillige	Anzahl Personen	Anzahl Stunden
Schulbesuchende (inkl. Koordination)	33	1550
Vorstand	12	1278
Regionalgruppen	183	8124
<b>Total</b>	<b>228</b>	<b>10952</b>

## Mitmachen

Lust, bei Public Eye als Freiwillige\*r mitzumachen?

**Kontakt Deutschschweiz:** [regrus@publiceye.ch](mailto:regrus@publiceye.ch),  
Tel. 044 2 777 999 (Annuscha Wassmann-Tomura)

**Kontakt Suisse romande:** [regional@publiceye.ch](mailto:regional@publiceye.ch),  
Tel. 021 620 03 03 (Aline von Mühlönen)

**Infos:** [publiceye.ch/regionalgruppen](http://publiceye.ch/regionalgruppen)

Eine Auswahl vergangener Regru-Aktivitäten finden Sie auf [publiceye.ch/events](http://publiceye.ch/events).



# Schulbesuche von Public Eye

Schüler\*innen für Fragen der globalen Gerechtigkeit und des kritischen Konsums sensibilisieren – mit dieser Motivation führen die 33 Freiwilligen des deutschschweizerischen Schulbesuchsteams halb- und ganztägige Workshops durch.

Die Themen orientieren sich an der Lebensrealität der Kinder und Jugendlichen: Welche Schattenseiten hat Fast Fashion? Wer muss schuften, damit wir feine Schokolade geniessen können? Wie bitter schmeckt Orangensaft? Wie fair kann ein Handy sein?

Im Jahr 2024 fanden in der Deutschschweiz 26 Schulbesuche statt, 16 davon zum Thema Fast Fashion. Das sind fast 40% weniger als letztes Jahr. Wir vermuten, dass Lehrpersonen unsere Themen vermehrt eigenständig vermitteln. Public Eye bietet deshalb auch Unterrichtsmaterial für Lehrpersonen an.

In der Romandie hat ein Freiwilligenteam eine zwölfteilige Plakatserie zum Thema Fast Fashion erstellt. Schulen in der Westschweiz bestellen diese Ausstellung häufig in Kombination mit einem Workshop. Momentan wird diskutiert, die Plakate auch für Deutschschweizer Schulen zu adaptieren, um der Nachfrage nach Schulbesuchen neuen Schub zu verleihen. ■



Das Schulbesuchsteam am Jahrestreffen im November 2024 in Zürich.

**Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit und machen Sie interessierte Lehrpersonen auf unser Schulbesuchsangebot aufmerksam!**

- Bestellung Schulbesuchsflyer: [schulbesuch@publiceye.ch](mailto:schulbesuch@publiceye.ch)
- Informationen zu den Schulbesuchen: [publiceye.ch/schulbesuch](http://publiceye.ch/schulbesuch)
- Unterrichtsmaterialien für Lehrpersonen: [publiceye.ch/bildung](http://publiceye.ch/bildung)



## Der Podcast von Public Eye feiert Meilensteine

Unser Podcast «Wir müssen reden. Public Eye spricht Klartext» beleuchtete auch 2024 Recherchen und Themen rund um Konzernverantwortung, globale Gerechtigkeit und die Rolle der Schweiz.

Nun ist es offiziell: Unser Podcast gehört zu den besten Podcasts der Schweiz! Denn im letzten März wurden wir mit einem Suisse Podcast Award ausgezeichnet – witzigerweise in der Kategorie «Unternehmen». Gelobt wurde die Qualität und Professionalität, mit der wir Themen wie den Emissionshandel der Schweiz, Recherchen zu Getreideplünderungen in der Ukraine oder Nestlés gebrochene Nachhaltigkeitsversprechen hörbar machen.

Wir publizieren seit 2022 zwei rund 20-minütige Episoden pro Monat. Im Herbst letzten Jahres haben wir sowohl auf Deutsch wie auch auf Französisch unsere 50. Episode publiziert! Ein weiterer Meilenstein:

Unsere Episoden wurden inzwischen bereits über eine halbe Million Mal gehört oder geschaut. Auch ältere Episoden erfreuen sich weiterhin regen Zuspruchs.

Am Mikrofon sind neben eigenen Expert\*innen auch Gäste mit unterschiedlichem Hintergrund, welche die Fragen unseres Moderators Nico Meier mit Herzblut beantworten. ■

**Abonnieren Sie unseren Podcast:**  
[publiceye.ch/podcast](https://publiceye.ch/podcast)

# Organisation

ORGANE UND STRUKTUR

# Verantwortung und Entscheidungen

Public Eye ist ein Verein mit flachen Hierarchien, in dem Partizipation und Konsensentscheidungen einen hohen Stellenwert einnehmen.

Aufgrund des stetigen Wachstums von Public Eye in den letzten Jahren überprüfen wir unsere Organisationsstruktur und passen diese an. Aktuell befinden wir uns mitten in diesem Organisationsentwicklungsprozess. Unser Ziel ist es, die neue Struktur bis Mitte 2025 zu definieren und umzusetzen.

## Ein starkes Team

Per Ende 2024 arbeiteten in den beiden Geschäftsstellen Zürich und Lausanne 39 festangestellte Personen (alle Teilzeit). Hinzu kommen befristete Angestellte sowie zwei Freiwillige, welche die Schulbesuche koordinieren (*gesamte Teamzusammensetzung siehe Seiten 40 und 41*). Für die Mitarbeitenden von Public Eye gilt ein Gesamtarbeitsvertrag, der mit der Gewerkschaft VPOD erarbeitet wurde. Die Interessen der Mitarbeitenden gegenüber Geschäftsleitung und Vorstand werden durch eine Personalkommission vertreten.

## Engagierter Vorstand

Die strategische Führung von Public Eye wird durch den Vorstand wahrgenommen. Die zwölf Vorstandsmitglieder (*siehe Seite 38*) sind Sachverständige für verschiedene Gebiete mit Bezug zur Tätigkeit des Vereins. 2024 hielt der Vorstand fünf ordentliche Sitzungen ab. Insgesamt engagierte er sich während 1228 Stunden ehrenamtlich.

## Generalversammlung

Die Generalversammlung fand am 1. Juni 2024 statt. Wir konnten 230 Mitglieder in Bern begrüssen. Im Zentrum der Veranstaltung standen die Präsentation und Abnahme der Jahresrechnung sowie der Tätigkeitsbericht. Im Vorstand gab es einige Veränderungen: Nach zwölf Jahren Tätigkeit, schwerpunktmässig in der Finanzkommission, trat Christophe Siegenthaler aus dem Vorstand zurück. Die Erneuerungswahl des Vorstands erfolgte einstimmig. Alessia Jemetta trat als Co-Präsidentin zurück, als ihre Nachfolgerin wurde einstimmig Aline Gavillet gewählt. ■

# Organigramm

**GENERALVERSAMMLUNG**

**VORSTAND: 12 Mitglieder CO-PRÄSIDIUM**

**KOLLEKTIVE GESCHÄFTSLEITUNG**

**Politische Abteilung**

**Abteilung  
Kommunikation &  
Marketing**

**Abteilung  
Mitgliederservice,  
Finanzen &  
Administration**

**17 Mitarbeitende**

**13 Mitarbeitende**

**9 Mitarbeitende**

Public Eye hat Büros in Lausanne und Zürich, die gemeinsam auch die Mitglieder und Spender\*innen im Tessin betreuen. Zehn Regionalgruppen und ein Schulbesuchsteam führen zahlreiche Aktivitäten ehrenamtlich durch. ■

# Vorstand

## Co-Präsidium

- ▶ **Aline Gavillet**, Bachelor in Sozialarbeit (HETSL), Master in Sozialwissenschaften (UniNE); Sozialarbeiterin im Bereich häusliche Gewalt. Im Vorstand seit 2020, Co-Präsidentin seit 2024.
- ▶ **Fred Sommer**, Master in Public Administration, selbstständiger Konsulent für Finanzmanagement, Rechnungsprüfung, Beratung und Coaching. Im Vorstand seit 2015, Mitglied des Ausschusses für Personalfragen. Co-Präsident seit 2022.

## Vizepräsidium

- ▶ **Zineb Benkhelifa**, lic. phil. I. (Islamwissenschaft), Beauftragte der Stadtpräsidentin für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in der Stadt Zürich. Im Vorstand seit 2015.
- ▶ **Alessia Jemetta**, Ausbildung in Pflegewissenschaft, Pflegefachfrau für psychische Gesundheit in Bern. Im Vorstand seit 2018, Mitglied des Ausschusses für Personalfragen.

## Weitere Vorstandsmitglieder

- ▶ **Sarah Burgess**, Rechtsanwältin, MLaw, Juristin im EDA. Im Vorstand seit 2023, Mitglied des Ausschusses für Personalfragen.
- ▶ **Claudia Frick**, lic. iur., Ausbildung in Menschenrecht, Juristin am Centre Social Protestant Vaud. Im Vorstand seit 2016.

- ▶ **Beata Hochstrasser**, lic. phil. I., Management Non-Profit-Bereich. Im Vorstand seit 2016, Mitglied der Finanzkommission.
- ▶ **Thomas König**, Prof. Dr. sc. nat., Dozent und Arbeitsgruppenleiter an der Universitätsklinik für Psychiatrie und Psychotherapie Bern. Im Vorstand seit 2018.
- ▶ **Fabrice Lauper**, Master in Physik, Technologieberater beim IKRK. Im Vorstand seit 2023.
- ▶ **Yann Lenggenhager**, ehemaliger IKRK-Delegierter Mittlerer Osten und Nordafrika, Geschichtslehrer in Zürich, Menschenrechtsaktivist. Im Vorstand seit 2020.
- ▶ **Philipp Meyer**, Elektroingenieur BFH, Unternehmensentwickler bei SBB Energie. Im Vorstand seit 2023, Mitglied der Finanzkommission.
- ▶ **Jan Tschannen**, MAS Entwicklung und Zusammenarbeit und Theologe. Programmverantwortlicher Östliches Afrika einer Förderstiftung und Pfarrer in Büren an der Aare. Im Vorstand seit 2023.

## Austritt 2024

- ▶ **Christophe Siegenthaler**, Volkswirtschaftler, Dienstchef im Bundesamt für Statistik.

*Wir bedanken uns herzlich für die Arbeit und das Engagement!*

Von links nach rechts: Jan Tschannen, Sarah Burgess, Alessia Jemetta, Zineb Benkhetifa, Thomas König (oben),  
Fabrice Lauper, Yann Lenggenhager, Beata Hochstrasser (Mitte), Aline Gavillet, Claudia Frick, Fred Sommer,  
Philipp Meyer (unten).

# Generalversammlung Assemblée générale 2021



# Team

Stand 31.12.2024

## FACHABTEILUNGEN (1290 Stellenprozente)

- ▶ **Manuel Abebe**, Recherchen und Kampagnen (ZH)
- ▶ **Mouna Algely**, Legal Advisor Rohstoffe und Finanzen (LS)
- ▶ **Robert Bachmann**, Rohstoffe und Finanzen (ZH)
- ▶ **Florian Blumer**, Recherchen und Reportagen (ZH)
- ▶ **Adrià Budry Carbó**, Recherchen Rohstoffe und Korruption (LS)
- ▶ **Anina Dalbert**, Juristin Wirtschaft und Menschenrechte (ZH)
- ▶ **Britta Delmas**, Financial Analyst Rohstoffe und Finanzen (ZH)
- ▶ **Agathe Duparc**, Recherchen Rohstoffe und Korruption (LS)
- ▶ **Patrick Durisch**, Gesundheitspolitik (LS)
- ▶ **Laurent Gaberell**, Landwirtschaft und Ernährung (LS)
- ▶ **David Hachfeld**, Clean Clothes Campaign (ZH)
- ▶ **Gabriela Hertig**, Gesundheitspolitik (ZH)
- ▶ **Carla Hoinkes**, Landwirtschaft und Ernährung (ZH)
- ▶ **Silvie Lang**, Soft Commodities (ZH)
- ▶ **Christa Luginbühl**, Fachleitung Politik (ZH)
- ▶ **Angela Mattli**, Fachleitung Politik (ZH)
- ▶ **Elisabeth Schenk**, Clean Clothes Campaign (ZH)

## KOMMUNIKATION & MARKETING (1270 Stellenprozente)

- ▶ **Ariane Bahri**, Magazin und Publikationen (LS)
- ▶ **Jasmin Bärtschi**, Social Media, Online-Kommunikation (ZH)\*
- ▶ **Roman Bolliger**, Marketing und Fundraising (ZH)
- ▶ **Oliver Classen**, Mediensprecher (ZH)
- ▶ **Héloïse Détraz**, Social Media, Online-Kommunikation (LS)\*
- ▶ **Christian Engeli**, Abteilungs- und Geschäftsleitung (ZH)
- ▶ **Maxime Ferréol**, Übersetzung und Redaktion (LS)
- ▶ **Daphne Grossrieder**, Podcast und audiovisuelle Kommunikation (ZH)
- ▶ **Rebekka Köppel**, Online-Kommunikation (ZH)
- ▶ **Eva Mangl**, Koordination Freiwilligenarbeit (ZH)\*
- ▶ **Aline von Mühlennen**, Koordination Freiwilligenarbeit und Fundraising (LS)
- ▶ **Kaya Pawlowska**, Social Media, Online-Kommunikation (LS)
- ▶ **Romeo Regenass**, Magazin und Publikationen (ZH)
- ▶ **Géraldine Viret**, Mediensprecherin (LS)
- ▶ **Annuscha Wassmann-Tomura**, Koordination Freiwilligenarbeit (ZH)
- ▶ **Anita Weber**, Projektfinanzierung und Nachlässe (ZH)

## KOORDINATION SCHULBESUCHE (Freiwillige)

- ▶ **Florian Duss** und **Eva Sutter** (ZH)

## FINANZEN & ADMINISTRATION (670 Stellenprozente)

- › **Ursula Baumgartner**, Abteilungs- und Geschäftsleitung (ZH)
- › **Cornelia Celio**, Buchhaltung (ZH)
- › **Lupe Esteves**, Buchhaltung und Datenpflege (ZH)
- › **Nina Karl**, Assistenz Geschäftsleitung (ZH)
- › **Luca Karrer**, Mitgliederservice und Administration (ZH)\*
- › **Sibylle Müller**, Mitgliederservice und Administration (LS)
- › **Silvia Ramseier**, Mitgliederservice und Administration (ZH)
- › **Sasha Roderer**, Mitgliederservice und Administration (ZH)
- › **Juliana Roza**, Assistenz Administration (LS)\*
- › **Danielle Schoenenberger**, Mitgliederservice und Administration (LS)
- › **Sylvie Varone**, Personaladministration (LS)

## AUSTRITTE 2024

- › **Thomas Braunschweig**, Handelspolitik (ZH)
- › **Floriane Fischer**, Online-Kommunikation (LS)
- › **Chantal Sierro**, Projektfinanzierung und Nachlässe (ZH)

*Public Eye dankt allen Mitarbeitenden, welche die Organisation im Jahr 2024 verlassen haben, herzlich für ihren wertvollen Beitrag und ihr Engagement.*

\* Befristete Stellen

## Fotokonzept

### Public Eye mittendrin

Auch im Jahr 2024 haben die Mitarbeitenden von Public Eye viel Engagement und Herzblut in ihre Arbeit gesteckt. Symbolisch zeigen wir deshalb in diesem Jahresbericht, wie die Mitarbeitenden direkt in und an den Texten arbeiten. Jede Szene spiegelt ein Thema wider, mit dem wir uns im Jahr 2024 beschäftigt haben.

Wenn nicht anders angegeben, wurden die Bilder des Jahresberichts von der Fotografin Marion Nitsch in Zusammenarbeit mit der Grafikdesignerin Karin Hutter aufgenommen.

Leider konnten die Teammitglieder Mouna Algelly, Luca Karrer und Angela Mattli nicht fotografiert werden.

# Danke von ganzem Herzen

Seit 57 Jahren setzen sich Menschen mit Public Eye für globale Gerechtigkeit ein. Diese Beharrlichkeit und dieses Engagement haben Public Eye zu einer starken Stimme in der Schweizer Zivilgesellschaft gemacht. Herzlichen Dank dafür!

Unsere 29 000 Mitglieder verleihen uns finanzielle Sicherheit sowie das notwendige Gewicht in der politischen Auseinandersetzung. Gemeinsam mit zahlreichen grosszügigen Spender\*innen schenken sie uns das wich-

tigste Element unserer Arbeit: Unabhängigkeit. Frei von jeglicher Einflussnahme können wir Schwerpunkte setzen und unbequeme Themen aufgreifen.

Unsere tiefe Dankbarkeit geht zudem an folgende Stiftungen, Kirchgemeinden und Organisationen, die unsere Arbeit im Jahr 2024 mit namhaften Beträgen unterstützt haben: Alfred Richterich Stiftung, Stiftung Corymbo, Däster-Schild Stiftung, Stiftung Edith Maryon, Fédération genevoise de coopération (FGC), Infomaniak, OeME-Kommission der Evangelisch-reformierten Gesamtkirchgemeinde Bern, Provinzialat Schweizer Kapuziner, Fondation Salvia, Stiftung Temperatio und weitere, die nicht namentlich genannt werden möchten.

Das gesamte Team von Public Eye dankt allen Unterstützer\*innen von Herzen für das entgegengebrachte Vertrauen! Auch im Jahr 2025 werden wir uns beharrlich für unsere Mission einsetzen. Wir hoffen, dass wir weiterhin auf Ihre Unterstützung zählen dürfen. ■

## Testamentspenden

Besonders dankbar sind wir jenen Menschen, die uns in ihrem Testament berücksichtigt haben. Beiträge aus Nachlässen sichern langfristig unsere finanzielle Stabilität und Unabhängigkeit.

Falls auch Sie sich vorstellen können, Public Eye im Testament zu berücksichtigen, unterstützen wir Sie gerne. Bitte melden Sie sich dafür bei Anita Weber: [anita.weber@publiceye.ch](mailto:anita.weber@publiceye.ch)

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Webseite: [publiceye.ch/legat](https://publiceye.ch/legat)

# Jahresrechnung 2024

RECHNUNGSLEGUNG 2024 NACH OR UND SWISS GAAP FER

# Kommentar zur Jahresrechnung

Wir danken unseren 29 000 Mitgliedern und unseren Spender\*innen herzlich für ihre Solidarität: Trotz des herausfordernden Umfelds im Spendenmarkt erzielten wir bei den Mitgliederbeiträgen und Spenden eine leichte Zunahme. Mit 6,6 Millionen Franken lag der Gesamtertrag 2024 praktisch auf dem Niveau des Vorjahres.

Der Ertrag durch Mitgliederbeiträge liegt mit 2,16 Millionen Franken 1 % höher als im Vorjahr. Die Spenden nahmen ebenfalls um knapp 1 % zu und beliefen sich auf etwas über 3,12 Millionen Franken. 2024 erhielten wir Legate in der Höhe von 89 682 Franken – deutlich weniger als im Vorjahr, in dem diese 707 479 Franken betragen. Die Projekterträge machten 1,2 Millionen Franken aus und stiegen somit um 48 % an. Der Betriebsaufwand (zusammengesetzt aus dem Projekt-, dem Fundraising- und allgemeinen Werbe- sowie dem administrativen Aufwand) war im Vergleich zum Vorjahr um rund 3 % tiefer. Das Fondskapital, das hauptsächlich aus projektgebundenen Geldern von Stiftungen und Institutionen besteht, wies per Ende Jahr einen Saldo von 67 155 Franken aus.

## Tragbarer Verlust

Auch im Jahr 2024 hat uns die Klage der Kolmar Group AG beschäftigt (*siehe Seite 23*). Insbesondere waren dadurch personelle Ressourcen gebunden. Da keine neuen Erkenntnisse vorliegen, bleiben die Risikoeinschätzung und die Rückstellungen nahezu unverändert.

Einen Teil des Kapitals, das wir in den letzten Jahren äufnen konnten, haben wir in das Personal investiert. Aus dem deutlichen Rückgang bei den Legaten und der moderaten Erhöhung bei Mitgliederbeiträgen und Spenden resultierte ein Defizit von 482 696 Franken – das auch budgetiert war. Dementsprechend reduzierte sich unser Organisationskapital; es beträgt per Ende 2024 aber noch immer solide 3,55 Millionen Franken. ■

## Bilanz

Aktiven	31.12.2024		31.12.2023		Veränderung
	CHF	%	CHF	%	%
<b>Umlaufvermögen</b>					
Flüssige Mittel <sup>1</sup>	3 515 821	72	2 402 659	44	46
Wertschriften <sup>2</sup>	684 509	14	0	0	
Forderungen <sup>3</sup>	420 650	9	558 085	10	-25
Vorräte	3 590	0	3 876	0	-7
Aktive Rechnungsabgrenzung <sup>4</sup>	55 831	1	198 718	4	-72
<b>Total Umlaufvermögen</b>	<b>4 680 401</b>	<b>95</b>	<b>3 163 338</b>	<b>58</b>	<b>48</b>
<b>Anlagevermögen</b>					
Finanzanlagen <sup>2</sup>	28 826	1	2 032 615	37	-99
Mietkaution	42 474	1	42 413	1	0
Sachanlagen und immaterielle Werte	162 936	3	183 158	3	-11
<b>Total Anlagevermögen</b>	<b>234 236</b>	<b>5</b>	<b>2 268 186</b>	<b>42</b>	<b>-90</b>
<b>Total Aktiven</b>	<b>4 914 637</b>	<b>100</b>	<b>5 431 523</b>	<b>100</b>	<b>-10</b>
<b>Passiven</b>					<b>Veränderung</b>
	CHF	%	CHF	%	%
<b>Kurzfristiges Fremdkapital</b>					
Verbindlichkeiten <sup>5</sup>	170 403	3	309 377	6	-45
Kurzfristige Rückstellungen <sup>6</sup>	113 600	2	80 500	1	41
Kurzfristige Rückstellung Ferien und Überstunden	199 205	4	204 134	4	-2
Passive Rechnungsabgrenzung	93 783	2	73 825	1	27
<b>Total kurzfristiges Fremdkapital</b>	<b>576 991</b>	<b>12</b>	<b>667 836</b>	<b>12</b>	<b>-14</b>
<b>Langfristige Rückstellungen<sup>6</sup></b>	<b>725 000</b>	<b>15</b>	<b>725 500</b>	<b>13</b>	<b>0</b>
<b>Total Fondskapital<sup>7</sup></b>	<b>67 155</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	
<b>Total Fremdkapital und Fondskapital</b>	<b>1 369 146</b>	<b>28</b>	<b>1 393 336</b>	<b>26</b>	<b>-2</b>
<b>Organisationskapital</b>					
Gebundenes Kapital für den Sozialplan	783 000	16	704 000	13	11
Gebundenes Kapital für Personal	742 000	15	976 000	18	-24
Gebundenes Kapital für Projekte	1 174 864	24	1 234 864	23	-5
Freies Kapital	845 627	17	1 113 323	21	-24
<b>Total Organisationskapital</b>	<b>3 545 491</b>	<b>72</b>	<b>4 028 187</b>	<b>74</b>	<b>-12</b>
<b>Total Passiven</b>	<b>4 914 637</b>	<b>100</b>	<b>5 421 523</b>	<b>100</b>	<b>-9</b>

## Betriebsrechnung

Ertrag	2024		2023		Veränderung
	CHF	%	CHF	%	
Spenden <sup>8</sup>	3 119 322	47	3 094 017	46	1
Legate	89 682	1	707 479	10	-87
Mitgliederbeiträge <sup>8</sup>	2 162 880	33	2 135 010	32	1
Projektertrag	1 195 497	18	806 144	12	48
Übriger Ertrag	37 485	1	27 291	0	37
<b>Total Ertrag</b>	<b>6 604 866</b>	<b>100</b>	<b>6 769 940</b>	<b>100</b>	<b>-2</b>
Aufwand	2024		2023		Veränderung
	CHF	%	CHF	%	
<b>Projektaufwand</b>					
Personalaufwand <sup>9</sup>	-3 681 115	56	-3 346 287	49	10
Sachaufwand	-1 518 954	23	-1 984 347	29	-23
<b>Total Projektaufwand</b>	<b>-5 200 069</b>	<b>79</b>	<b>-5 330 634</b>	<b>79</b>	<b>-2</b>
<b>Fundraising- und allg. Werbeaufwand</b>					
Personalaufwand <sup>9</sup>	-384 302	6	-317 127	5	21
Mitgliederbetreuung und Mittelbeschaffung	-426 885	6	-766 651	11	-44
<b>Total Fundraising- und allg. Werbeaufwand</b>	<b>-811 187</b>	<b>12</b>	<b>-1 083 777</b>	<b>16</b>	<b>-25</b>
<b>Administrativer Aufwand</b>					
Personalaufwand <sup>9</sup>	-778 565	12	-677 956	10	15
Betriebsaufwand <sup>10</sup>	-288 281	4	-203 054	3	42
<b>Total administrativer Aufwand</b>	<b>-1 066 846</b>	<b>16</b>	<b>-881 010</b>	<b>13</b>	<b>21</b>
<b>Total Aufwand</b>	<b>-7 078 101</b>	<b>107</b>	<b>-7 295 422</b>	<b>108</b>	<b>-3</b>
<b>Ergebnis aus Betriebstätigkeit</b>	<b>-473 236</b>	<b>7</b>	<b>-525 481</b>	<b>-8</b>	<b>-10</b>

	2024		2023		Veränderung
	CHF	%	CHF	%	%
<b>Finanzerfolg<sup>11</sup></b>	<b>57 696</b>	-1	<b>10 482</b>	0	450
<b>Total ausserordentliches Ergebnis</b>	<b>0</b>	0	<b>27 437</b>	0	-100
<b>Ergebnis vor Veränderung des Fondskapitals</b>	<b>-415 540</b>	6	<b>-487 563</b>	7	-15
Veränderung zweckgebundene Fonds <sup>12</sup>	-67 155	1	0	0	
<b>Jahresergebnis (vor Verwendung/Zuweisung Organisationskapital)</b>	<b>-482 696</b>	7	<b>-487 563</b>	7	-1
<b>Veränderung Organisationskapital</b>					
Veränderung gebundenes Kapital	215 000	-3	200 000	-3	8
Veränderung freies Kapital	267 696	-4	287 563	-4	-7
	<b>0</b>		<b>0</b>		<b>0</b>

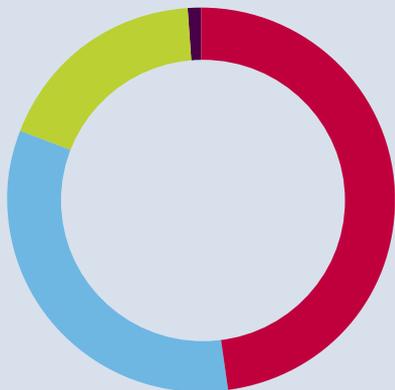
### Anmerkungen zu Bilanz und Betriebsrechnung

- 1 Die Veränderung bei den flüssigen Mitteln erfolgte unter anderem durch Verkäufe von langfristigen Finanzanlagen.
- 2 Public Eye hält Aktien als Instrument zur Einflussnahme an der Generalversammlung der bei uns im Fokus stehenden Firmen oder als Unterstützung von Firmen, die durch uns mitgegründet wurden. Die in den Vorjahren gekauften Finanzanlagen wurden grösstenteils veräussert. Der noch nicht verkaufte Teil wurde in die Wertschriften umgliedert.

- 3 Die Forderungen enthalten Arbeitgeberbeitragsreserven bei der Pensionskasse von 413 971 Franken.
- 4 In der aktiven Rechnungsabgrenzung sind noch nicht erhaltene Erträge von rund 31 000 Franken enthalten, die das Jahr 2024 betreffen.
- 5 Dies sind betriebsübliche, noch nicht bezahlte Kreditoren.
- 6 Dies sind Rückstellungen für hängige Klagen und Personalkosten.
- 7 Das Fondskapital setzt sich aus noch nicht verwendeten zweckgebundenen Spenden zusammen.

- 8 Die Spenden und Mitgliederbeiträge nahmen um 53 174 Franken zu.
- 9 Der Personalaufwand ist im Jahr 2024 hauptsächlich aufgrund der Vollbesetzung des Stellenetats höher als im Vorjahr.
- 10 Durch den Organisationsentwicklungsprozess entstanden höhere Kosten.
- 11 Durch eine leichte Marktwertsteigerung unserer Finanzanlagen verzeichneten wir einen positiven Finanzerfolg.
- 12 An die zweckgebundenen Fonds wurden 991 011 Franken zugewiesen und 923 856 Franken entnommen, was zur aufgeführten Fondsveränderung führt.

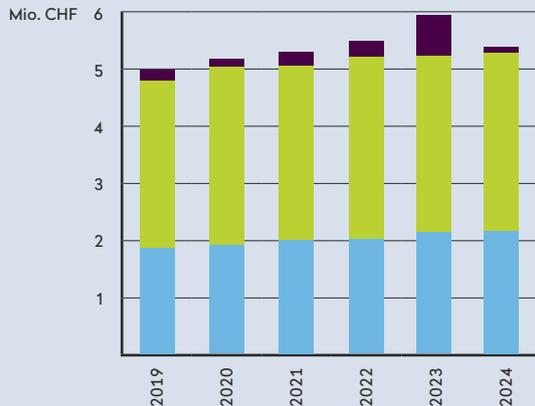
## Ertrag



- 48 % Spenden und Legate
- 33 % Mitgliederbeiträge
- 18 % Projektertrag
- 1 % Übriger Ertrag

Public Eye finanzierte sich im Jahr 2024 zu 81% aus Mitgliederbeiträgen, Spenden und Legaten. Der grösste Teil der Projektfinanzierungen stammte von Stiftungen, Kirchgemeinden und öffentlichen Institutionen. Der übrige Ertrag stammte von Erlösen aus Honoraren und Projektdienstleistungen.

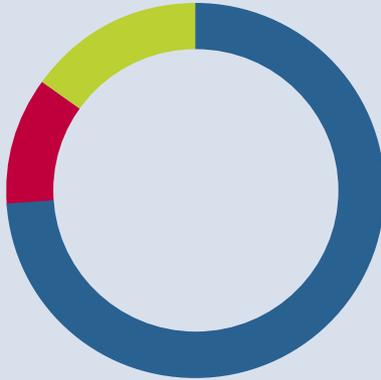
## Spenden und Mitgliederbeiträge



- Legate
- Spenden
- Mitgliederbeiträge

Die Einnahmen durch Spenden und Mitgliederbeiträge stiegen gegenüber dem Vorjahr leicht (1%). Angesichts der immer noch eher unsicheren Wirtschaftslage und der Teuerung ist das Resultat erfreulich. Einen starken Rückgang verzeichneten wir bei den Legaten. Diese sind naturgemäss schwierig planbar und unterliegen Schwankungen.

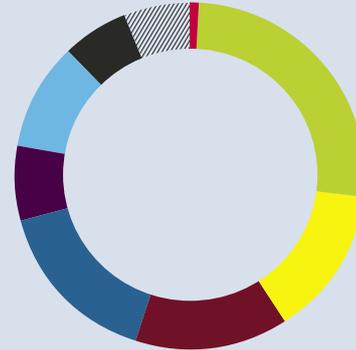
## Aufwand



- 74 % Projektaufwand
- 11 % Fundraising- und allgemeiner Werbeaufwand
- 15 % Administrativer Aufwand

74 % (Vorjahr 73 %) des Aufwands (inkl. Personal) flossen in die Projektarbeit. Der administrative Aufwand betrug 15 % (Vorjahr 12 %), die Ausgaben für die Mitgliederbetreuung und Mittelbeschaffung lagen bei 11 % (Vorjahr 15 %).

## Projektaufwand



- 1 % Handelspolitik
- 16 % Rohstoffe
- 26 % Landwirtschaft und Ernährung
- 7 % Agrarrohstoffe
- 14 % Gesundheit
- 10 % Clean Clothes Campaign
- 14 % Finanzen und Steuern
- 6 % Konzernverantwortung
- 6 % Programmübergreifende Projektarbeit

Vom Projektaufwand von 5 200 069 Franken (inkl. Personalaufwand) entfielen 26 % auf die Recherchen und Kampagnen im Bereich Landwirtschaft und Ernährung und 16 % auf den Bereich Rohstoffe. Für den Bereich Finanzen und Steuern wurden 14 % des Projektaufwands verwendet. Die Höhe der Projektaufwendungen hängt von den gewählten Kampagnen ab und widerspiegelt nicht die Themengewichtung.



Tel. +41 44 444 35 55  
www.bdo.ch  
zurich@bdo.ch

BDO AG  
Schiffbaustrasse 2  
8031 Zürich

#### Bericht der Revisionsstelle zur eingeschränkten Revision an die Generalversammlung des

#### Public Eye, Verein auf der Grundlage der Erklärung von Bern, Bern

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (bestehend aus Bilanz, Betriebsrechnung, Geldflussrechnung, Rechnung über die Veränderung des Kapitals und Anhang) des Public Eye, Verein auf der Grundlage der Erklärung von Bern für das am 31. Dezember 2024 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. In Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER 21 unterliegen die Angaben im Leistungsbericht keiner Prüfungspflicht der Revisionsstelle.

Für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER, den gesetzlichen Vorschriften und den Statuten ist der Vorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, die Jahresrechnung zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der bei der geprüften Einheit vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER vermittelt und nicht dem schweizerischen Gesetz und den Statuten entspricht.

Ohne unsere Prüfungsaussage einzuschränken, machen wir auf die Anmerkung 5.2 im Anhang der Jahresrechnung aufmerksam, in der eine wesentliche Unsicherheit hinsichtlich eines Gerichtsverfahrens dargelegt ist. Der definitive Ausgang des Verfahrens ist derzeit offen, weshalb für möglicherweise resultierende Verpflichtungen nur teilweise Rückstellungen gebildet worden sind.

Zürich, 30. Januar 2025

BDO AG

Urban Pürro

Zugelassener Revisionsexperte

Marco Beffa

Leitender Revisor

Zugelassener Revisionsexperte

## 50 RECHNUNGSLEGUNG 2024

### Revisionsbericht zur kompletten Jahresrechnung

Bei der auf den Seiten 45 bis 47 dargestellten Bilanz und Betriebsrechnung handelt es sich um einen Auszug beziehungsweise um eine gekürzte Fassung der Jahresrechnung 2024. Die komplette Rechnung 2024 wurde von der BDO AG geprüft.

Die komplette Jahresrechnung nach OR und Swiss GAAP FER kann unter **publiceye.ch/jahresrechnung** heruntergeladen oder bestellt werden.

**Kontakt:** 044 2 777 999 | kontakt@publiceye.ch

# Public Eye im Wandel der Zeit

Public Eye wurde 1968 als «Erklärung von Bern» gegründet und basiert auf dem gleichnamigen «Manifest über die Schweiz und die Entwicklungsländer». Der Vision ihrer Gründerinnen und Gründer ist Public Eye bis heute treu geblieben: der Bekämpfung der Ursachen von Ungleichheit und Armut an der Wurzel, sprich bei uns in der Schweiz.

Wenn Unternehmen ihre Marktmacht ausnutzen und im Verborgenen undurchsichtige Geschäfte abwickeln, schaut Public Eye genau hin. Mit unseren exklusiven und umfassenden Recherchen decken wir Missstände auf, die ihren Ursprung in der Schweiz und im globalen Machtgefälle haben. Wir recherchieren hartnäckig und faktentreu, enthüllen Korruption sowie illegale und illegitime Wirtschaftspraktiken, die Menschen in anderen Ländern schaden. Dabei halten wir uns an journalistische Prinzipien und Qualitätsstandards.

Während Medien finanziell und politisch immer stärker unter Druck geraten und die Desinformation zunimmt, erhalten gründliche Recherchen von unabhängiger Seite einen ganz neuen Stellenwert. Unsere aufwendige Arbeit ist nur möglich dank dem kontinuierlichen Engagement unserer Mitglieder, Spender\*innen und Nachlass-

geber\*innen. Deren treue und grosszügige Unterstützung ist ein Garant für unsere Unabhängigkeit, sichert unsere langfristige Existenz und erlaubt uns, dranzubleiben und immer wieder mutige und unkonventionelle Kampagnen durchzuführen.

Die fundierten Recherchen und Analysen von Public Eye legen nicht nur Missstände offen, sie haben immer auch zum Ziel, diese zu beseitigen und nachhaltige Veränderungen herbeizuführen. Wir richten uns mit unseren Aktivitäten primär an Schweizer Konzerne und die Schweizer Politik, aber auch an die Öffentlichkeit, um Druck aufzubauen und zu sensibilisieren.

Danke, dass Sie mit uns eine gerechtere Welt möglich machen! ■

► Mehr Informationen: [publiceye.ch](http://publiceye.ch)



Seit 57 Jahren setzt sich Public Eye dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die Schweizer Politik ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen. Mit Recherchen, Kampagnen und der Unterstützung unserer 29 000 Mitglieder engagieren wir uns in der Schweiz für faire Wirtschaftsbeziehungen. Denn globale Gerechtigkeit beginnt bei uns.

**Public Eye**

Dienersstrasse 12 | Postfach | 8021 Zürich  
+41 (0)44 2 777 999 | kontakt@publiceye.ch  
Spendenkonto: IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4

**publiceye.ch**

 publiceye\_ch  
 @publiceye.ch  
 @PublicEye

 @publiceye.ch  
 @publiceye\_ch



Globale  
Gerechtigkeit  
beginnt bei uns

**Public Eye**

